Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden Jaden & Comp., Nr. 1268

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Verschuß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Arbeit, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., wöchentlich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12702. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 40 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M. Für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Wiedergesuche 40 Proz. Rabatt. Für Wiederverk. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 284 | Dresden, Montag, den 7. Dezember 1931 | 42. Jahrgang

Hitler will zahlen

– aber was? – Heiterkeit im Ausland

Wie wir bereits berichteten, hat Hitler in Berlin eine Unterhaltung mit Vertretern englischer Blätter gehabt, während gleichzeitig sein Pressechef, Dr. Rosenberg, in England weilt, um die rechtsstehende englische Presse für eine Hitler-Regierung zu erwärmen. Nach einem Bericht von WTB. erklärte Hitler ausländischen Journalisten in Berlin:

Auf eine Politik der Erpressung gegenüber Deutschland, die zum Ruin führen müsse, könne sich Deutschland nicht einlassen. Die Forderung nach einer drastischen Verminderung der deutschen Einfuhr tauchte in den Hitlerschen Bemerkungen immer wieder auf. Die Zeitspanne, die verstreichen würde, bis die Nationalsozialisten die Macht erlangten — entweder allein oder wahrscheinlicher noch zuerst auf Koalitionsbasis — schätzte Hitler auf höchstens zehn Monate.

Der Bericht des Korrespondenten der Morning Post hebt hervor, daß Hitler, wenn er auch die gegenwärtige Regelung der Tribute öffentlich anklage, die Möglichkeit, daß Deutschland zahlen würde, nicht ausschließe. Eine nationalsozialistische Regierung würde nur das unterzeichnen, wovon sie wüßte, daß sie es ausführen könnte. Aus Hitlers Bemerkungen sei klargeworden, daß ihm nur eine Tributregelung annehmbar erscheine, die in wenigen Jahren abgetragen werden könnte.

Die Reichsregierung hat zu diesen Unterhaltungen halbamtlich durch WTB. erklärt, daß die politische Bedeutung des Geschmuses zwischen Hitler und englischen rechtsstehenden Journalisten nicht überschätzt werden dürfe. An eine Machtergreifung der NSDAP. sei in absehbarer Zeit nicht zu denken. Auffallend sei der Umstand, daß die außenpolitische Linie Hitlers nicht mehr weit von der gegenwärtigen Außenpolitik der Reichsregierung abweiche. Das scheint uns allerdings auch so. Hitler erklärte zum soundsovielten Male, daß er auch zahlen wolle. Einige Blätter der Rechten sind darüber beunruhigt und hoffen, daß Hitler nicht die „Tribute", sondern nur die privaten Schulden anerkannt habe. Jedenfalls hat sich der nationalsozialistische Oberdada wieder einmal so unklar ausgedrückt, daß im entscheidenden Punkte niemand weiß, woran man mit seinen Worten ist. Das Ergebnis ist, daß man sich jetzt in amerikanischen Blättern über ihn lustig macht, seinen Größenwahn und seine Aufdringlichkeit bespöttelt und sich insbesondere über seinen Mangel an wirtschaftlichen Ideen amüsiert.

Der reformistische Seydewitz

Oder: Mazze einst und jetzt

Max Seydewitz, der Häuptling der Sapisten, reist im Lande umher und hält Reden gegen die Sozialdemokratie. Er greift bis 1918 zurück und läßt an der politischen Haltung, die die Sozialdemokratie im Laufe der letzten zwölf Jahre eingenommen, kein gutes Haar. Er schimpft auf den „Reformismus" und vergißt dabei nur eins zu sagen! Seydewitz vergißt, seinen Zuhörern zu erzählen, welch reformistische Vergangenheit der Häuptling der revolutionären Sapisten hat. Ehe er als Redakteur nach Zwickau ging, war er im Halleschen Parteiblatt tätig, und zwar seit 1918. Es gab kein Organ, das Noske und seinen Kampf gegen Spartakus, das Eberts und Scheidemanns Politik entschiedener verteidigte als das Hallesche Parteiblatt der damaligen Zeit. In der Nummer vom 13. Juli 1919 war zu lesen:

„Es ist wirklich kein Vergnügen, seinen ehrlichen und anständigen Namen Tag für Tag durch alle Gossen schleifen zu lassen", sagte Noske auf dem Parteitage, wo er sich gegen die mancherlei Angriffe gegen seine Person zu verantworten hatte, und man kann sagen, daß er sich vor dem Forum, dem allein er verantwortlich ist, **glänzend gerechtfertigt** hat. Die ganze Schale ihres Zornes haben die Unabhängigen über Noske ergossen, das A und O ihrer Wut war Noske. Machtlos wegen ihrer geringen Zahl, sollte ihnen die Gewalt zur Macht verhelfen, und wieder war es Noske, der ihnen den Weg verlegte und sie im Interesse des Volkswohles fernerhin zur Machtlosigkeit verurteilte.

Wir haben an dieser Stelle oft gesagt, wie wir zu den Freiwilligenverbänden stehen und daß wir alle Auswüchse des neuen Reichsheeres aufs energischste verurteilen, aber wir haben **auch nie den leisesten Zweifel daran gelassen, wer für diese Auswüchse verantwortlich ist.** Alles Blut, das (wenn wir im Unabhängigen-Tone sprechen wollen) Noske vergossen hat, kommt über die Unabhängigen und Spartakisten, die, nachdem ihr geistiges Rüstzeug zur Gewinnung des Volkes, zur Eroberung der Macht nicht ausreichte, an die Gewalt, an die Entscheidung der Waffen appellierten. Noske hat geantwortet, und es soll einmal gesagt werden, daß er durch sein energisches Auftreten dem deutschen Volke und

vor allem dem Sozialismus viel, viel größer gedient hat

als die demagogischen Schreier . . . Ohne Schwierigkeit ist dies zu beweisen, die Zukunft wird es auch den Irregeführtesten erkennen lassen, und in der Geschichte, vor allem in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, wird es vermerkt werden, wie Noske gerade während seiner Ministertätigkeit dem Sozialismus gedient hat.

Heute, wo die Geschichte so weit sein könnte, daß sie zu urteilen vermag, verrät Max Seydewitz seine Vergangenheit samt allem Zubehör, um sich in ungehemmter Demagogie entfalten zu können. Ein Artikel der Halleschen Volksstimme vom 14. März 1919 beschäftigt sich mit einem Parteitag der damaligen USP. und legt also los:

. . . Und von dieser so zerklüfteten und politisch völlig verwirrten Partei soll der Arbeiterklasse die politische Erneuerung, die Einigung des Proletariats kommen? Nur Arbeiter, die Stroh im Kopfe haben, können das glauben. Wer sich einigen Sinn für die Wirklichkeit bewahrt hat, muß sich von dieser „Partei" ab- und der Partei zuwenden, die allein die Interessen des Proletariats vertritt, **der Sozialdemokratie Ebert-Scheidemannscher Richtung!**

Warum unterschlägt das alles Max Seydewitz heute seinen Zuhörern? Die Leipziger Volkszeitung hat noch breitere Partien aus dem Seydewitz-Blatt von damals zitiert, und Max hat im Blatt der Sapisten geantwortet: Er sei damals „nur Lokalredakteur" gewesen, und diese Polemiken seien nicht von ihm geschrieben. Um volle Klarheit zu schaffen, setzten sich daraufhin die Leipziger Genossen mit dem ehemaligen Geschäftsführer der Halleschen Volksstimme in Verbindung. Er bestätigt, daß in der Zeit, da die Hallesche Volksstimme Noskes, Eberts und Scheidemanns Politik glorifizierte, Seydewitz der Haupt- und Alleinredakteur

Württembergs Gemeindewahlen

Die Nazis wachsen auf Kosten der bürgerlichen Mittelparteien

In Württemberg wird nach der gesetzlichen Vorschrift aller drei Jahre die Hälfte der Gemeinderäte, deren Amtsdauer sechs Jahre beträgt, neu gewählt. Die Wahlen müssen im Dezember stattfinden, doch steht den Gemeinden im einzelnen die Bestimmung des Wahltages, der ein Sonntag sein soll, frei.

In diesem Jahre war wieder eine Erneuerungswahl fällig. In den wichtigsten Gemeinden des Landes wurde sie am Sonntag vollzogen. Eine sehr lebhafte Wahlbewegung war im Gange, bei der der engere Kreis der kommunalpolitischen Fragen diesmal stark überschattet wurde durch die aus der sozialen und finanziellen Not der Zeit sich ergebenden allgemeinen politischen Auseinandersetzungen und Gegensätze. Die extremen Parteien der Rechten wie der Linken überschlugen sich förmlich in agitatorischen Kraftleistungen, da sie schon aus Prestigegründen versuchen müssen, bei diesen Wahlen die Auftriebskurve weiter fortzusetzen, die sie bei den Wahlen zum Hessischen Landtag und in Birkenfeld verzeichnen konnten. Ihre Anstrengungen waren um so größer, als sie bisher in Württemberg nicht gerade Seide zu spinnen vermochten. So haben die Nationalsozialisten bei den letzten Reichstagswahlen in Württemberg schlechter abgeschnitten als im ganzen übrigen Deutschland. Was sie gestern gewannen, geht wiederum auf Kosten der bürgerlichen Mitte.

Das Ergebnis der Stuttgarter Abstimmung ist folgendes:

Sozialdemokraten: 46 810 Stimmen, 7 Mandate (1928: 40 611, 1930: 60 198).

Nationalsozialisten: 44 599 Stimmen, 7 Mandate (1928: —, 1930: 22 587).

Kommunisten: 37 803 Stimmen, 6 Mandate (1928: 14 906, 1930: 38 414).

Deutschnationale: 19 525 Stimmen, 3 Mandate (1928: 15 381, 1930: 18 394).

Zentrum: 18 186 Stimmen, 3 Mandate (1928: 12 042, 1930: 19 615).

Bürgerliche Einheitsliste: 23 104, 3 Mandate (1928: 35 953, 1930: 51 898).

Kommunistische Opposition: 4037, — Mandat.

Frauenliste: 4960, — Mandat.

In der Bürgerlichen Einheitsliste sind Demokraten, Deutsche Volkspartei, Volksrechtpartei und Nationale Volksgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Parteien der Mitte wurden regelrecht halbiert, denn die Einheitsliste verliert über 28 000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war schwächer als bei der Reichstagswahl.

Die aus dem Lande vorliegenden Einzelergebnisse sind noch ungenau. Sie zeigen aber, daß sich die Sozialdemokratie verhältnismäßig gut gehalten hat und durchweg die stärkste Partei bleiben dürfte. Ein Einbruch der Nazis in die marxistische Front ist nirgend gelungen. Der Ausfall der NSDAP. ging überall ausschließlich auf Kosten der bürgerlichen Mitte. Ueber die Vergleichsmöglichkeiten wird uns aus Stuttgart berichtet:

Noch nicht übersehbar

Stuttgart, 7. Dezember. (Eigener Funk.) Der Ausgang der württembergischen Gemeindewahlen läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, weil die Abstimmungsergebnisse aus den Wahlkreisen, besonders aber aus dem Lande, nach dem württembergischen Gemeindegesetz erst im Laufe des heutigen Tages in Stuttgart bei der amtlichen Wahlleitung eintreffen. Vorläufig liegt nur das Gesamtergebnis von Stuttgart (Stadt) vor. Es zeigt das gleiche Bild wie alle Wahlen der letzten Zeit. Der Radikalismus auf der Rechten und der Linken hat auch in der württembergischen Hauptstadt seinen Aufstieg fortgesetzt, während die bürgerliche Mitte ziemlich zersplittert ist und die Sozialdemokratie gegenüber ihrer bisherigen Stärke einen Verlust von etwa 15 Prozent zu verzeichnen hat. Die Wahlbeteiligung war in Stuttgart äußerst rege. Sie betrug 80 Prozent gegenüber 53,3 Prozent bei den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1928. Im Vergleich zu der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl im April, zu der Kommunisten und Nationalsozialisten besondere Kandidaten aufgestellt hatten, gewinnen die Kommunisten 14 000 Stimmen und die Nationalsozialisten 19 000 Stimmen.

Ein Vergleich der Wahlergebnisse mit den Stimmziffern der Reichstagswahl des Jahres 1930 ist insofern erschwert, als die Zahl der Wahlberechtigten durch die Vorschrift der einjährigen Ortsansässigkeit bei der Gemeinderatswahl erheblich geringer ist. Anderseits werden auch die Vergleichsziffern von den letzten Gemeinderatswahlen von 1928 wegen verschiedener Eingemeindungen den veränderten Verhältnissen nicht ganz gerecht.

*

Sozialdemokratische Erfolge

Stuttgart, 7. Dezember. (Eig. Funk.) In ihrem Kommentar zu den Gemeindewahlen in Stuttgart verweist die sozialdemokratische Schwäbische Tagwacht darauf, daß in dem Zweikampf zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten die Sozialdemokratische Partei gut abgeschnitten habe. Die Nationalsozialistische Partei habe ihre ganze Kraft auf Stuttgart konzentriert. Trotzdem habe sie nur 21 Prozent der Stimmen zu erobern vermocht, und das beweise, wie weit Hitler entgegen seinen Erklärungen der letzten Tage noch von der Macht entfernt sei. Das Stuttgarter Ergebnis bleibe weit hinter dem Erfolge der Nazis in Hessen und selbst hinter ihrem Erfolg in Hamburg zurück. Bei keiner der letzten Wahlen hätten sie sich mit einem so bescheidenen Ausfall wie diesmal in Württemberg begnügen müssen.

In Eltingen, einem Ort von 3000 Einwohnern in etwa 16 Kilometer Entfernung von Stuttgart, stellten sich Gilder die sozialdemokratischen und kommunistischen Gemeinderatsmandate mit denen der Bürgerlichen die Wange. Am Sonntag hat sich das Bild völlig verändert. Jetzt haben Sozialdemokraten und Kommunisten in Eltingen die Mehrheit, trotzdem die Nazis auch Eltingen mit dem Maul bereits erobert hatten.

In Hanau bei Reutlingen gewann die Sozialdemokratie ebenfalls ein Mandat und erlangte damit die Hälfte der Gemeinderatssitze überhaupt.

In Göppingen marschiert die SPD. weit vor den Nationalsozialisten. Das Göppinger Ergebnis ist: SPD. 2870, KPD. 1100, Zentrum 1100, Deutschnationale 800, Demokraten 650, Nationalsozialisten 1450.

Bemerkenswert ist noch, daß die Listen der Spalter Rosenfeld und Seydewitz irgendwelche nennenswerte Erfolge nirgends erzielt haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19311207/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG